

27.3.2015

Gemeinnütziger Verein pro grün Bielefeld e.V.

pro grün

## **Strothbachwald - Gewerbe oder Naturschutz? pro grün e.v. fordert Politiker auf, zu den eigenen Ratsbeschlüssen zum zu stehen.**

Vor wenigen Tagen hat sich der Rat der Stadt Bielefeld zum Schutz des Strothbachwaldes in Sennestadt bekannt. Die Debatte war hitzig und aufgeladen. Das überrascht bei der Bedeutung des Themas nicht. Erstaunlich ist schon eher das peinlich schlechte Gedächtnis einiger Oppositionspolitikerinnen und -politiker aus CDU, BfB und FDP. Deshalb hat pro grün die 21 Jahre alten Beschlüsse zum Landschaftsplan Senne recherchiert. Der Satzungsbeschluss zum Landschaftsplan Senne bildet die Grundlage für das Naturschutzgebiet Strothbachwald.

Der Landschaftsplan Senne wurde am 16. Juni 1994 vom Rat der Stadt Bielefeld beschlossen. Die damalige Ratsmehrheit wurde von CDU, BfB und FDP gebildet.

### **Das Naturschutzgebiet Strothbachwald ist mithin das Produkt der damals bürgerlichen Ratsmehrheit!**

Wirtschaftsdezernent war übrigens zum damaligen Zeitpunkt Rainer Ludwig, der heutige Vorsitzende der BfB. Ludwig hätte sich 1994 durchaus - auch in öffentlicher Sitzung - gegen das Naturschutzgebiet aussprechen können. Die Gemeindeordnung NRW gibt Wahlbeamten hierzu ausdrücklich die Möglichkeit. Rainer Ludwig jedoch hat in seiner Funktion die Ratsvorlage des damaligen Oberstadtdirektors Dr. Volker Hausmann, die den Naturschutzvorschlag für den Strothbachwald enthielt, mitgetragen.

Noch ein Wort zum Verhalten der Fa. Wahl & Co:

Bereits Ende der 80er Jahre, als die Firma sich am jetzigen Standort ansiedeln wollte, gab es öffentlich diskutierte starke Zweifel an der Eignung des Areals für eine Spedition. Schon damals war der Strothbachwald, und die durch diesen Wald eingeschränkte Expansionsmöglichkeit, ein zentrales Thema. Spätestens seit der Naturschutzausweisung und dem Ratsbeschluss vor 21 Jahren wusste das Unternehmen detailliert um den ökologischen Wert des Waldes, der damit als Expansionsfläche nicht mehr zur Verfügung stand.

Als der Ehrenvorsitzende von pro grün, Dietmar Stratenwerth, im Jahr 2011 von Plänen des Unternehmens Wahl & Co. erfuhr, einen LKW-Abstellplatz in einen Randstreifen des Strothbachwaldes zu bauen, ließ er mit Unterstützung der „Stiftung für die Natur Ravensberg“ die Sachlage ausführlich untersuchen und untermauerte erneut den Schutzstatus und die Schutzwürdigkeit des Strothbachwaldes. Das Untersuchungsergebnis, eine 13-seitige Dokumentation, hat er schriftlich der Unternehmensleitung überreicht und im persönlichen Gespräch dem Unternehmensvorstand erläutert. Gesprächszeuge war Prof. Dr. Roland Sossinka (BUND). Beide warnten Wahl & Co. ausdrücklich vor den Erweiterungsplänen und möglichen fehlgeleiteten Investitionen. Wahl & Co. schlug diese Warnungen in den Wind. Insoweit hat das Unternehmen seine jetzige Situation selbst aktiv herbeigeführt.

Die zurzeit seitens interessierter Politik- und Wirtschaftskreise öffentlich vertretene Einschätzung, bei dem Streit um den Strothbachwald handle es sich um eine Entscheidung zwischen kompromisslosem Naturschutz und dem wirtschaftlichen Überleben eines wichtigen Arbeitgebers, ist schlicht falsch. Es geht vielmehr um die Frage, ob ein Wirtschaftsbetrieb die Konsequenzen seiner freien unternehmerischen Entscheidung tragen muss, oder ob er die Auswirkungen von Fehlentscheidungen auf die Allgemeinheit, in diesem Fall auf die Natur, abwälzen kann. Naturschutzgesetze und Schutzgebietsausweisungen können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie für alle Seiten langfristig verlässlich und bindend sind. Wer Naturschutzgebiete als frei verfügbare Planungsreserven nutzen will, deren Schutzstatus man einfach aufheben kann um die Folgen einzelner unternehmerischer Fehlentscheidungen auszubügeln, handelt fahrlässig und gesetzeswidrig.

Ein Ratsbeschluss – egal zu welchem Thema - ist die wichtigste Gestaltungsmöglichkeit der Kommunalpolitik. Politikerinnen und Politiker degradieren im aktuellen Fall einen Ratsbeschluss zu einer unbedeutenden kurzlebigen Willensbekundung, wenn sie beim Strothbachwald sogar den eigenen Ratsbeschluss nach Belieben zu wertloser Makulatur erklären. Ein fatales Signal – nicht nur für den Naturschutz in Bielefeld.

Michael Blaschke  
für den pro grün Vorstand